



Niederschrift

85. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 12.03.2008
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	18:20 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, R. 280 a

Anwesend sind:

Herr Jakobs, Jann	Oberbürgermeister	
Herr Dr. Gunold, Klaus-Uwe	DIE LINKE	
Frau Müller, Birgit	DIE LINKE	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE	
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE	bis 18:10 Uhr
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE	
Herr Mühlberg, Andreas	SPD	
Herr Wartenberg, Claus	SPD	
Herr Heinzl, Horst	CDU	
Frau Paulsen, Bettina	CDU	
Herr Schröder, Michael	CDU	
Herr Schüler, Peter	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Buchholz, Dirk	BürgerBündnis	
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI	ab 17:10 Uhr
Herr Schliepe, Gregor	Die Andere	

Nicht anwesend sind:

Frau Knoblich, Hannelore	SPD	entschuldigt
Herr Schubert, Mike	SPD	entschuldigt
Frau Bankwitz, Ute	BürgerBündnis	entschuldigt

Gäste:

Herr Exner, GB 1
Frau Fischer, GB 2
Frau E. Müller, GB 3
Frau Dr. von Kuick-Frenz, GB 4
Herr Paffhausen, Herr Böhme, Stadtwerke Potsdam
Herr Grebner, Geschäftsführer Klinikum „Ernst von Bergmann“
Herr Richter, KIS
Herr Zeretzke, Beteiligungssteuerung
Herr Dr. Pokorny, SB Verwaltungsmanagement
Herr Jetschmanegg, Büro des Oberbürgermeisters
Frau Ziegenbein, Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 27.02.2008
- 2 Public Corporate Governance Kodex (DS 06/SVV/0650)
Vorlage: 06/SVV/0894
Fraktion DIE LINKE. PDS
- 3 Public Governance Kodex der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 08/SVV/0061
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement
- 4 Externe Ausschreibung der Stelle 386 000 11, Stellvertretende/r Amtstierärztin/Amtstierarzt
Vorlage: 08/SVV/0224
Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Verwaltungsreform - Vorschlag zur Bündelung von Einzelvorhaben
- 6 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 27.02.2008

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest (zu Beginn der Sitzung sind 14 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend).

Bezüglich der Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister vor, unter dem Punkt „Mitteilungen der Verwaltung“ Informationen zur Reinigung des Stadtkanals, zur Finanzierung des so genannten Kaiser-Wilhelm-Blicks, zum Urteil des Oberlandesgerichts bezüglich eines Grundstücks am Griebnitzsee, zur Beschlusslage im Klimabündnis sowie zur Namensgebung von Tochterunternehmen des Klinikums „Ernst-von-Bergmann“ aufzunehmen. Gegen die vorgeschlagenen Erweiterungen der Tagesordnung erhebt sich kein Widerspruch; die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Zum Protokoll des öffentlichen Teils der 84. Sitzung vom 27.02.2008 gibt es keine Hinweise oder Änderungen; das Protokoll wird mit 11 Ja-Stimmen, bei 4 Stimmenthaltungen bestätigt.

zu 2 Public Corporate Governance Kodex (DS 06/SVV/0650)
Vorlage: 06/SVV/0894
Fraktion DIE LINKE. PDS

zu 3 Public Governance Kodex der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 08/SVV/0061
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement

Gegen den Vorschlag des Oberbürgermeisters, die Tagesordnungspunkte 2 und 3 gemeinsam zu behandeln erhebt sich kein Widerspruch.

Anschließend verweist Herr Exner auf die Voten des Rechnungsprüfungsausschusses zu den o.g. Anträgen und schlägt vor, diese durch die folgenden Textfassungen zu ersetzen:

Zur DS **08/SVV/0061** gibt es die Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses, den Beschlusstext zu ergänzen. Die von Herrn Exner vorgeschlagene Formulierung hat folgenden Wortlaut:

Für die unmittelbaren und mittelbaren Eigengesellschaften der Landeshauptstadt gilt ergänzend Folgendes:

Bei Unternehmen in privater Rechtsform ist durch Gesellschaftervertrag bzw. –satzung sicherzustellen, dass das Rechnungsprüfungsamt die in § 53 Abs. 1 und § 54 Haushaltsgrundsätzegesetz normierten Prüfrechte wahrnehmen kann. Mit Inkrafttreten der neuen Kommunalverfassung ist § 96 Abs. 1 Nr. 5 BbgKVerf zu berücksichtigen.

Für die DS **06/SVV/0894** schlägt Herr Exner folgenden Änderungstext bzw. folgende Neufassung vor:

In der Anlage „Zielbild / Zielsystem ...“ zum Kodex soll die besondere Berücksichtigung des Gemeinwohlinteresses zum Ausdruck kommen, und zwar mit folgender Einleitung:

Während private Unternehmen ausschließlich marktorientiert auftreten, agieren öffentliche Unternehmen stärker im Spannungsfeld zwischen Markt, Politik und Öffentlichkeit.

Anstelle der Profitabilität wird von ihnen in erster Linie ein öffentlicher Auftrag erfüllt. Dabei liegt es im Gemeinwohlinteresse, dass die öffentlichen Unternehmen ihrem eigentlichen Zweck folgen. Andererseits sind die Eigentümer öffentlicher Unternehmen an effektiven Strukturen und an einer Rendite im Umgang mit knappen Ressourcen interessiert, sie sind nicht nur Gesellschafter sondern auch Auftraggeber.

Die öffentlichen Unternehmen werden von der Geschäftsführung/ dem Vorstand/ der Werkleitung geleitet und - je nach Rechtsform - durch einen politisch bzw. administrativ besetzten Verwaltungs- oder Aufsichtsrat bzw. Werksausschuss kontrolliert.

In den Gesellschafterversammlungen vertritt der Oberbürgermeister/ die Oberbürgermeisterin die Gemeinde, er/sie kann aber Beschäftigte mit der Wahrnehmung dieser Aufgabe betrauen.

Zudem obliegen bestimmte strategische Entscheidungen, wie z.B. Gründungen von städtischen Unternehmen und Anteilsan- und -verkäufe, der Zustimmung der

Stadtverordnetenversammlung.

Auf Grund der größeren Anzahl an Akteuren bei öffentlichen Unternehmen besteht eine größere Gefahr der Intransparenz. Die Steuerung gestaltet sich daher häufig schwieriger als in der Privatwirtschaft. Entsprechend bedarf es hier besonders klarer, transparenter und effizienter Steuerungs- und Kontrollmechanismen.

Da die Beteiligungsunternehmen i. d. R. auf Grund ihres Unternehmenszwecks von herausgehobener Bedeutung für das Gemeinwohl sind und somit eine besondere Verantwortung tragen, leitet sich zugleich die Verpflichtung für die LHP ab, die politischen und verwaltungsmäßigen Voraussetzungen für die Tätigkeit dieser Unternehmen planmäßig und nachhaltig zu gewährleisten. Zu deren Umsetzung ist ein System, welches wechselseitige Informations- und Konsultationsbeziehungen von Beginn der Planung, der Durchführung bis hin zur Ergebnisdarstellung, aufzubauen. Hierbei soll gleichzeitig ein hohes Maß an Transparenz der jeweiligen Prozesse erreicht werden, was auch eine Nachvollziehbarkeit von bestimmten Entscheidungen in der Öffentlichkeit gewährleisten kann.

Beide Textvorschläge werden an die Mitglieder des Hauptausschusses schriftlich ausgereicht.

Herr Schliepe verweist darauf, dass die Fraktion Die Andere im Zuge der Diskussion des ersten Entwurfs des Public Governance Kodex der Landeshauptstadt Potsdam mit der DS 06/SVV/0499 beantragt hatte, dass Vertreter und Vertreterinnen der Stadtverordnetenversammlung und der Stadt, die in Aufsichtsgremien von städtischen Gesellschaften und Gesellschaften mit städtischer Beteiligung mitwirken, einmal jährlich über ihre Tätigkeit in einem nicht öffentlichen Teil einer Stadtverordnetenversammlung Rechenschaft ablegen. Dieser Antrag sei unter der Maßgabe, ihn bei der weiteren Modifizierung des Public Governance Kodex zu berücksichtigen, nicht abgestimmt worden. Er sehe dies in der jetzt vorliegenden Fassung nicht umgesetzt und bittet, den Antrag in die weitere Diskussion mit einzubeziehen.

Herr Dr. Scharfenberg betont in seinen Ausführungen, dass diese Art Kodex nicht vorgeschrieben, sondern ein „Gutwill“ der Beteiligten sei. Nun stehe die Frage, was man daraus machen und wie weit man gehen wolle. Er meine, einzelne Regelungen, wie z.B. die zum Mindestlohn, seien sehr „schwammig“ formuliert. Trotzdem völlig klar sei, dass die Unternehmen wirtschaftlich geführt werden müssen, seien die Möglichkeiten nicht ausgeschöpft. Deshalb sei er „sehr vorsichtig“ mit den vorgeschlagenen Änderungen von Herrn Exner und empfiehlt, diese in den Fraktionen zu besprechen. Im Weiteren sei die jetzige Formulierung zur Veröffentlichung der Gehälter der Geschäftsführer unbefriedigend und da die Fraktion DIE LINKE hierzu klare Forderungen hatte, werde ein Ergänzungsantrag zur DS 08/SVV/0061 vorgeschlagen:

Unter Abschnitt I, Ziffer 3.4.3 (Geschäftsführung – Zusammensetzung und Vergütung) wird als letzter Absatz angefügt:

Höhe der Vergütung und Umfang der Nebentätigkeit und deren Vergütung sind im jährlichen Beteiligungsbericht der Landeshauptstadt Potsdam bekannt zu machen.

Dies sei z. B. in Berlin völlig normal und somit auch in Potsdam möglich und umzusetzen.

Herr Schüler verweist darauf, dass in der Diskussion im Rechnungsprüfungsausschuss darauf aufmerksam gemacht wurde, dass die Möglichkeiten bezüglich weiterer Änderungen „ausgereizt“ seien und so müsse sich der Hauptausschuss entscheiden, ob er die jetzt vorliegenden und mit den Gesellschaften abgestimmten Inhalte beschließen und weitere Forderungen im Zuge einer möglichen Fortschreibung offen halten wolle oder ob es gewollt sei, heute nicht zu beschließen

und die gestellten höheren Forderungen neu zu verhandeln. Bezüglich des Antrages der Fraktion DIE LINKE meine er, dass die Forderungen verschiedene Adressaten hätten und somit nicht in den Public Governance Kodex gehörten, denn hier sei der Adressat die Landeshauptstadt. Herr Heinzl meint, dass die Stadt in einer gewissen „Zwitterstellung“ sei und damit nicht alle Forderungen „griffig“ formuliert werden könnten. Herr Mühlberg betont, dass der zu erreichende Konsens mit den Gesellschaften nicht überschätzt werden solle und somit sei es verständlich, dass einige Abschnitte „weichgespült“ worden seien. Er meine, man solle viele Details für die Fortschreibung „aufheben“ und diese nicht nur aufschreiben, sondern leben. Einiges könne durch eine Qualifizierung des Beteiligungsberichtes abgedeckt werden, so u.a. auch die Rechenschaft der in den Aufsichtsräten tätigen Stadtverordneten. Bei der Behandlung des Beteiligungsberichtes im Hauptausschuss könnte man die Aufsichtsratsmitglieder einladen, um ihnen diesbezügliche Fragen zu stellen.

Der Oberbürgermeister schlägt abschließend vor, alle Änderungs- und Ergänzungsanträge in den Fraktionen zu besprechen, einen größtmöglichen Konsens herzustellen und in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses erneut zu diskutieren. Gegen diesen Verfahrensvorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

- zu 4 Externe Ausschreibung der Stelle 386 000 11, Stellvertretende/r Amtstierärztin/Amtstierarzt**
Vorlage: 08/SVV/0224
Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement

Der Hauptausschuss beschließt:

Die Stelle mit der Nummer 386 000 11, Stellvertretende/r Amtstierärztin/Amtstierarzt im Geschäftsbereich 3 Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz, Fachbereich Soziales, Gesundheit und Umwelt, Bereich Gesundheit und Veterinärwesen mit dem Stellenwert E 14 TVöD/VKA (ehemals Ib Fg 12 BAT-O) wird unbefristet und mit einem Volumen von 40 Wochenstunden zur externen Besetzung freigegeben.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

- zu 5 Mitteilungen der Verwaltung**

- zu 5.1 Verwaltungsreform - Vorschlag zur Bündelung von Einzelvorhaben**

Der Oberbürgermeister fragt nach, ob der ausgereichte Vorschlag der Verwaltung mit dem Ziel, die Stadtverordneten kontinuierlich einzubeziehen und gleichzeitig die Gesamtheit aller Teilprojekte zu wahren, die Zustimmung in den Fraktionen gefunden habe, ebenso wie die vorgeschlagenen Maßnahmen der halbjährlichen Berichterstattung zu allen Themen (Kurz- bzw. Statusberichte) und die zweijährige Berichterstattung zur Bilanz der Verwaltungsreform in ihrer Gesamtheit. Seitens der Fraktionen erhebt sich gegen den Vorschlag und die genannten Maßnahmen kein Widerspruch. Frau Dr. Müller bittet, dass bei Besonderheiten und abweichenden Entwicklungen auch darüber hinaus informiert werde. Herr Dr. Scharfenberg schließt sich dem an und betont, dass formalisierte Verfahren oft keinen Effekt hätten, er aber von einer kontinuierlichen Einbeziehung der Stadtverordneten ausgehe und deshalb dem Vorschlag zustimme.

neu Klimabündnis

Frau E. Müller informiert über die anberaumte Sitzung des Klimabündnisses am 03. April 2008 in Aachen, wo u. a. ein Beschluss zur Minimierung von CO₂ durch Maßnahmen wie eine effizientere Energienutzung oder den Einsatz erneuerbarer Energien gefasst werden soll sowie ein Beschluss zur Treibstoffherstellung aus biogenen Abfall- und Reststoffen. Sie schlägt vor, dass die Stadt Potsdam als Mitglied im Klimabündnis diesen Vorschlägen zustimmt. Dagegen erhebt sich seitens der Mitglieder des Hauptausschusses kein Widerspruch.

neu Reinigung Stadtkanal

Frau Dr. von Kuick-Frenz führt aus, dass 6.600 Euro für die Wartung der Elektroanlage und des Rohrsystems sowie für die Säuberung/Entrümpelung des Stadtkanals bereitgestellt werden und diese Kosten die Planungen für den Unterhalt des Stadtkanals nicht überschreiten. Für diese Leistungen seien mit dem 17.01.08 die Aufträge ausgelöst und die Energie und Wasser Dienstleistungsgesellschaft beauftragt worden.

neu Kaiser-Wilhelm-Blick

Herr Paffhausen informiert, dass die Grünpflege, hier speziell den Baumschnitt, das Grünflächenamt übernehme und die Ausgestaltung der Besitzer der Liegenschaft - also die Stadtwerke vornehme. Für die Planung seien bisher 1.500 Euro verwendet und weitere Maßnahmen bisher „nicht angefasst“ worden. Wenn die Verwendung der Mittel seitens der Stadtverordneten nicht gewünscht sei, müsse darüber noch einmal beraten werden. Herr Dr. Scharfenberg betont, dass es positiv sei, dass der Weg zum Landtag wieder freigelegt werde, was er aber für „Normalität“ halte. Die Verwendung von 20.000 Euro für die Gestaltung und Wiederherstellung des so genannten „Kaiser-Wilhelm-Blicks“ halte er allerdings für problematisch, weil die Frage stehe, woher das Geld komme. Wenn die Bürger den Eindruck haben, dass sie derartige Maßnahmen mit den Strom- und Wasserpreisen finanzieren, sei das schlecht. Der Oberbürgermeister schlägt vor, das noch einmal „untereinander“ zu besprechen mit dem Ziel, die genannte Summe eventuell zu minimieren und danach den Hauptausschuss zu informieren.

In diesem Zusammenhang führt Herr Dr. Gunold aus, dass der jetzige Zustand der Schwimmhalle am Brauhausberg sehr schlecht sei, was besonders die hygienischen Bedingungen in den Duschen und Toiletten betreffe. Er fragt, ob das Geld zur Abstellung dieser Mängel fehle oder damit eine Schließung der Schwimmhalle forciert werden solle. Herr Böhme entgegnet, dass er diese Hinweise aufnehmen und sofort prüfen lassen werde. Eine frühere Schließung als die den Mitgliedern des Hauptausschusses in den vergangenen Sitzungen benannte sei nicht geplant; man halte sich an die vorgesehene Zeitschiene und das schon deshalb, weil die Planungen entsprechende Zeit in Anspruch nehmen.

neu Namensgebung für Tochterunternehmen des Klinikums „Ernst von Bergmann“

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Oberbürgermeister den Geschäftsführer des Klinikums, Herrn Grebner. Dieser verweist in seinen Ausführungen darauf, dass die Überlegungen, den Konzern „Klinikum“ nach außen zu vermarkten und zu präsentieren, dazu geführt haben, die entsprechenden Tochterunternehmen namentlich umzubenennen. So werde das Gesundheitszentrum wieder in „Poliklinik“ umbenannt, der Potsdamer Gesundheitservice, der verschiedene

Dienstleistungen, wie z.B. Reinigungsarbeiten anbieten, in „Ernst-von-Bergmann-Services“ und die Geschwister-Scholl-GmbH in „Ernst-von-Bergmann-Senioreinrichtungen“, wobei das eigentliche Geschwister-Scholl-Heim seinen Namen behalte. Der Plural in der Bezeichnung des Seniorenunternehmens beinhalte Expansionsabsichten in diesem Bereich.

neu OLG Brandenburg

Bezug nehmend auf Presseveröffentlichungen, dass das OLG Brandenburg ein Urteil bezüglich des Griebnitzsee-Uferweges gefällt habe, betont Herr Exner, dass es kein Urteil und keinen Beschluss des OLG gebe, sondern einen Verkündungstermin im Mai d.J. Sicherlich sei an Hand der Verhandlung eine Tendenz für ein Urteil erkennbar und davon auszugehen, dass die voraussichtliche Entscheidung beinhalte, dass sich für das in Rede stehende Grundstück kein Vorkaufsrecht der Stadt aus dem Mauergrundstücksgesetz ableiten lasse.

zu 6 Sonstiges

Herr Dr. Scharfenberg bittet Herrn Exner, ein Verfahren zu finden, welches eine „echte“ Haushaltsdiskussion ermögliche. Dazu sei es notwendig, die Produkte aufzulösen und die sich dahinter verbergenden Inhalte und Zahlen den Fraktionen zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig bittet er, die Fraktionen bei der Haushaltsdiskussion zu unterstützen.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass die Schwierigkeit, den Haushalt in der vorliegenden Form lesen zu können, die Verwaltung erreicht habe. Allerdings habe die weitere Differenzierung nicht vertretbare Auswirkungen, so dass nach einem Verfahren gesucht werde, die Daten für eine fachliche Diskussion aufzubereiten.

Herr Schüler betont, dass die Stadtverordneten den Umgang mit dem doppischen Haushalt lernen müssen und eine andere Art der Diskussion notwendig sei. Jetzt könne man keine eigenen einzelnen politischen Ziele mehr durchsetzen, da Einzelvorhaben im Haushalt nicht zu finden seien.

Dem stimmt der Oberbürgermeister grundsätzlich zu, gibt aber zu bedenken, dass es möglich sein müsse, Vergleiche herzustellen, um etwas beurteilen zu können. Politische Schwerpunkte definiere man auch über den Haushalt und das müsse darstellbar sein. Ein Großteil der Informationen sei auf der ausgereichten CD zu finden und um weitere Details werde sich bemüht.

Frau Dr. Müller verweist darauf, dass die Geschäftsbereiche bereits versuchen, ihre Teile lesbar machen. Für die Vorbereitung der nächsten Haushaltsdiskussion sei jedoch zu überdenken, ob es wirklich nötig sei, dass jeder Stadtverordnete den gesamten doppischen Haushalt in gedruckter Form in die Hand bekomme oder es noch andere Lösungen geben. Herr Schröder stimmt den Ausführungen von Herrn Schüler zu und sieht es ebenfalls als einen Lernprozess für beide Seiten. Er fordert die Stadtverwaltung ebenso auf, die Stadtverordneten bei der Haushaltsdiskussion zu unterstützen, was z. B. durch eine Weiterbildungsveranstaltung zur Einführung in die Grundzüge einer Haushaltslesung möglich sein könnte. Frau B. Müller fordert die Verwaltung auf, einen Fahrplan für den Bürgerhaushalt 2009 in der Hauptausschusssitzung am 09. April vorzustellen.

Im Weiteren bringt Herr Dr. Scharfenberg sein Unverständnis darüber zum Ausdruck, dass gleichzeitig Bauarbeiten an der Humboldtbrücke und der Langen Brücke beginnen, die zu erheblichen Verkehrseinschränkungen führen werden. Er meine, bei einer besseren Planung wäre dies zu vermeiden gewesen.

Frau Dr. von Kuick-Frenz sagt eine ausführliche schriftliche Information zu diesem Thema bzw. eine umfassende Information im Ausschuss für Stadtplanung

und Bauen zu und betont, dass die beiden Oster-Ferien-Wochen hierbei mit einkalkuliert worden seien. Bereits ab Donnerstag sei die Sperrung eines Teilstücks der Friedrich-Ebert-Straße geplant und ab Montag könne man aus Richtung Platz der Einheit kommend nicht mehr links in die Behlertstraße abbiegen und auch nicht mehr geradeaus in Richtung Glienicker Brücke fahren. Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass es auf der Humboldtbrücke keine Reduzierung der Verkehrsführung auf eine Spur geben werde.